



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

PM: BAföG-Novelle im Bundestag: Kritik ignoriert, Verbesserungen verschleppt, Verschlechterungen durchgedrückt

Berlin, 15.10.2026

Heute wurde die 30. BAföG-Novelle in erster Lesung im Bundestag beraten. Der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. kritisiert, dass die Bundesregierung die Einwände aus der Verbändeanhörung weitgehend ignoriert, dringend notwendige Verbesserungen keine Priorität einräumt sowie Verschlechterungen plant. Selbst die Bundesländer haben in ihrer Empfehlung aus dem September festgestellt, dass "die Entwicklung des BAföG besorgniserregend ist und ein sehr großer Handlungsbedarf besteht". Nach aktuellen Zahlen des Paritätischen Wohlfahrtsverbands aus dem September 2026 waren im vergangenen Jahr 82,4 Prozent der alleinlebenden Studierenden von Armut betroffen. Insgesamt 37,8 Prozent der Studierenden lebten 2025 unterhalb der Armutsgrenze, in der Gesamtbevölkerung waren es 16,1 Prozent. Die größte Belastung sind dabei die Wohnkosten.

„Das Wintersemester hat begonnen und wieder einmal werden Studierende mit ihren finanziellen Sorgen alleingelassen. Die Bundesregierung schaffte es nicht, rechtzeitig für eine ausreichende Studienfinanzierung zu sorgen. Stattdessen sollen Studierende bis 2027 auf eine höhere Wohnkostenpauschale und bis 2029 auf die vollständige Anpassung der Bedarfssätze warten. Frau Bär versprach zwar heute, dass Bildung am Geld nicht scheitern solle. Doch die vorgesehenen Erhöhungen sind schon heute nicht ausreichen, um die tatsächlichen Lebenshaltungs- und Wohnkosten zu decken. Was jetzt bereits zu wenig ist, wird in zwei Jahren erst recht nicht reichen. Studierende brauchen endlich eine Unterstützung, von der sie auch leben können.“, erklärt Vorständin Katharina Rummenhölter.

Bereits im Juli hatte der fzs die geplanten Änderungen deutlich kritisiert. Für die Stellungnahmen zum Referentenentwurf standen den Verbänden weniger als drei Tage zur Verfügung. Die zentralen Einwände blieben im weiteren Verfahren weitgehend unberücksichtigt.

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhölter

„Erst gibt die Bundesregierung den Betroffenen kaum Zeit, sich zu äußern, und dann wird auch jegliche Kritik scheinbar ignoriert. Gleichzeitig werden unter dem Deckmantel einer Reform Verschlechterungen versteckt: Die Wohnkostenpauschale für Studierende, die bei ihren Eltern leben, soll ebenso gestrichen werden wie bisherige Ausnahmen von der Altersgrenze. Die Bundesregierung verkauft längst überfällige und schon jetzt unzureichende Anpassungen als große Reform und kürzt an anderer Stelle Leistungen, die für die Betroffenen existenziell sind. Bei all den Entwicklungen stellt sich die Frage: Soll das BAföG noch Instrument des Aufstiegs durch Bildung sein oder ist es nicht eher eine Nebelkerze, um wirkliche Verbesserungen der Chancengleichheit zu verschleppen? Die Novellierung reiht sich ein in eine zukunftsfeindliche Politik, die nicht nur den Fachkräftemangel weiter befeuern wird, sondern auch jungen Menschen die Perspektive auf ein gutes Leben verwehrt“, so Rahel Schüssler, Referentin für BAföG und studentisches Wohnen.

Rückfragen können gestellt werden an:

Rahel Schüssler, fzs-Referentin für BAföG und studentisches Wohnen:

rahel.schuessler@fzs.de

Katharina Rummenhüller, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhüller